



Haußmann: Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf bei ärztlicher Versorgung im Land

Forderung nach Notfallgipfel

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) hat heute bei einem Treffen mit Bürgermeister*innen, Landräten und Abgeordneten in Stuttgart ihre Pläne zur Schließung von 18 Notfallpraxen im Südwesten konkretisiert. Die Praxen sollen demnach Schritt für Schritt ihren Betrieb einstellen, die letzten fünf Ende November 2025. Der gesundheitspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, Jochen Haußmann, fordert angesichts dieser drohenden Entwicklungen einen Notfallgipfel und begründet das mit dringendem Reformbedarf: „Die heutige Veranstaltung zur Zukunft des ärztlichen Bereitschaftsdienstes hat gezeigt, welcher Druck in unserer gesundheitlichen Versorgung im Land insgesamt besteht. Es ist klar geworden, dass Reformbedarf besteht. Es braucht aber eine Politik des Gehörtwerdens, weil es um weit mehr geht als um den ärztlichen Bereitschaftsdienst. Das haben die Ärztinnen und Ärzte heute nochmals deutlich gemacht. Die notwendigen Veränderungen, die sich aufgrund der Herausforderungen der ambulanten Regelversorgung in Baden-Württemberg ergeben, erfordern einen intensiven Dialog der Politik mit den Kommunen und Landkreisen, den Kliniken und der BWKG, der Ärzteschaft und der KVBW. Die Kommunen und Landkreise haben ihre Bereitschaft zur Mitwirkung zum Ausdruck gebracht, aber auch eingefordert. Die Sorge um die Mehrbelastung in den Kliniken aufgrund der Schließung von 18 Bereitschaftspraxen im Land müssen wir ernst nehmen. Es fehlt eine Einschätzung der Auswirkungen dieser Reform. Es wird immer deutlicher, dass Minister Lucha seiner Verantwortung als Gesundheitsminister nicht nachkommt. Schon bei seinem Amtsantritt 2016 war deutlich erkennbar, vor welchen Herausforderungen wir im Gesundheitswesen im Land stehen. Die teilweise sehr emotionalen Äußerungen, auch von drei grünen Abgeordneten, zeigen, dass hier dringender politischer Handlungsbedarf des Gesundheitsministers über die gesundheitliche Versorgung im Land besteht. Und wir brauchen viel stärkere Impulse für Innovationen, Digitalisierung, Telemedizin, KI, Delegation, Förderung von regionalen Versorgungskonzepten sowie eine Kommunikationskampagne, Patientensteuerung und Förderung der Gesundheitskompetenz. Wie wichtig unsere Forderung nach einem Notfallgipfel ist, hat die heutige Veranstaltung unterstrichen.“